

**Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB
für die Siedlung im Außenbereich „Parchimer Chaussee“ der Stadt Putlitz, Entwurf Stand 23.11.2023**

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
1.	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 5, Henning von Tresckow Straße 2-8, 14467 Potsdam	
	Stellungnahme vom 04.03.2024 Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht: x Belange der Raumordnung stehen nicht entgegen	Kenntnisnahme
	Erläuterungen: Für die Flächen der Außenbereichssatzung sind in der Festlegungskarte des LEP HR keine flächenbezogenen Festsetzungen getroffen worden. Die Siedlung an der Parchimer Chaussee stellt eine Splittersiedlung, welche nicht direkt an die Ortslage von Putlitz angrenzt, dar. Gemäß Ziel Z 5.4 LEP HR ist die Erweiterung von Streu- und Splittersiedlungen zu vermeiden. Da mit der Aufstellung der Außenbereichssatzung die vorhandene Splittersiedlung jedoch räumlich nicht wesentlich erweitert wird, sondern eine Nachverdichtung oder das Schließen von Baulücken ermöglicht wird, stehen keine Ziele der Raumordnung entgegen.	Kenntnisnahme Kenntnisnahme
	Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom: 18.12.2007, (GVBl. I S. 235), Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)	Kenntnisnahme
	Bindungswirkung Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen. Hinweise <ul style="list-style-type: none"> Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt. Wir bitten, Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen, Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die Einstellung von Verfahren nur in digitaler Form durchzuführen (E-Mail oder Download-Link) und dafür ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen: gl5.MIL@gl.berlin-brandenburg.de. 	Kenntnisnahme Kenntnisnahme Kenntnisnahme, der Hinweis wird beachtet.

Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB für die Siedlung im Außenbereich „Parchimer Chaussee“ der Stadt Putlitz, Entwurf Stand 23.11.2023

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<ul style="list-style-type: none"> Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf 	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
2.	Regionale Planungsgemeinschaft „Prignitz-Oberhavel“, Fehrbelliner Straße 31, 16816 Neuruppin	
	Stellungnahme vom 28.02.2024 Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung: <ul style="list-style-type: none"> - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659) - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018 - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321) 	Kenntnisnahme
	Die geplante Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB für die Siedlung im Außenbereich „Parchimer Chaussee“ der Stadt Putlitz (Stand: November 2023) ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar .	Kenntnisnahme
	Begründung: Die vorgelegte Planung sieht die städtebauliche Entwicklung einer Splitsiedlung im baurechtlichen Außenbereich nördlich der Ortslage Putlitz zum Zwecke der Errichtung von Neubauten zur baulichen Verdichtung der bereits vorhandenen Bebauung (Verfestigung) vor. Zur Schaffung von Baurecht soll der etwa 2,4 ha große Siedlungsbereich gem. § 35 Abs. 6. BauGB in eine Außenbereichssatzung überführt werden. Ein entgegenstehender Flächennutzungsplan existiert nicht. Der Ortsteil Putlitz übernimmt innerhalb der Gemeinde Putlitz die Funktion eines grundfunktionalen Schwerpunktes (vgl. Z 1 ReP GSP). Grundfunktionale Schwerpunkte sind weitergehende Schwerpunkte der Wohnsiedlungsentwicklung. Sie dienen der räumlichen Bündelung von Einrichtungen der überörtlichen Grundversorgung. Die Bündelfunktion soll gesichert, gestärkt und entwickelt werden (vgl. G 2 ReP GSP). Die geplante Siedlungsentwicklung kann dem Versorgungskern Putlitz weitestgehend räumlich zugeordnet werden. Dahingehend ist die Planung funktions- und bedarfsgerecht. Weitere Belange der Regionalplanung stehen dem Vorhaben nicht entgegen .	Die Begründung wird zur Kenntnis genommen und steht der geplanten Ausweisung der Siedlungsflächen innerhalb der Außenbereichssatzung nicht entgegen.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Anmerkung: Aus raumplanerischer Sicht ist das Ziel einer geordneten städtebaulichen Entwicklung gem. § 35 Abs. 6 Satz 1 BauGB unter dem Aspekt eines einheitlichen und wirtschaftlichen Ortsgefüges mit der Planung allerdings verfehlt. Grundsätzlich sollte die Innenentwicklung Vorrang vor Außenentwicklung haben (vgl. G5.1 Abs. 1 LEP HR, § 1 Abs. 5 BauGB).</p>	<p>Kenntnisnahme, da es sich in diesem Fall gem. §36 Abs. 6 Satz 1 BauGB um Hofstellen handelt, die nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt sind und durch dauerhafte Nutzungen zu überwiegendem Teil zu Wohnzwecken dienen und es sich nicht um verlassenen Hofstellen handelt, ist die Verlagerung der Bauvorhaben in die Innenentwicklung von Putlitz nicht möglich. Die Außenbereichsflächen sind mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbar.</p>
	<p>Hinweise! Von den <u>regionalplanerischen Zielen</u> gehen eine <u>Anpassungspflicht</u> gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine <u>Beachtenspflicht</u> gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.). Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung". Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen. Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt. Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang und die Genehmigungsinhalte.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
3.	Landkreis Prignitz, Gb II - Sb Bauordnung, Berliner Straße 49, 19348 Perleberg	
	Stellungnahme vom 21.02.2024 Nach Beteiligung der vom Vorhaben betroffenen Sachbereiche nimmt der Landkreis Prignitz zum oben genannten Verfahren wie folgt Stellung:	Kennntnisnahme
	I. Sb Brand- und Katastrophenschutz Die Löschwasserversorgung muss sichergestellt sein (<i>Arbeitsblatt W 405 DVGW</i>).	Kennntnisnahme, der Hinweis wird in die Satzung aufgenommen, zudem befinden sich Löschwasserentnahmestellen im unmittelbaren Nahbereich.
	II. Sb Denkmalschutz Zu o. g. Außenbereichssatzung "Parchimer Chaussee" der Stadt Putlitz wird aus fachlicher Sicht für die Belange der Denkmalpflege wie folgt Stellung genommen: Belange der Bodendenkmalpflege Da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung keine grundsätzlichen Bedenken.	Kennntnisnahme
	Da jedoch mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam: Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig.	Kennntnisnahme, der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.
	III. Sb Umwelt <u>1. als untere Wasserbehörde (UWB)</u>	Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen die Planung keine Bedenken bestehen.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
Gegen die o. g. Satzung bestehen keine Bedenken.	
<u>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB)</u> Gemäß § 1 Abs. 1 NatSchZustV ist die untere Naturschutzbehörde (UNB) für die Durchführung des BNatSchG sowie des BbgNatSchAG und der auf Ihrer Grundlage erlassenen Rechtsvorschriften zuständig, soweit im BbgNatSchAG oder in der NatSchZustV nichts anders bestimmt ist. Demzufolge nimmt die UNB alle Belange des Natur- und Artenschutzes wahr.	Kenntnisnahme
Die Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB wird mit dem Ziel aufgestellt, Bauvorhaben im Geltungsbereich der Satzung, welche ohne Satzung im Außenbereich nicht möglich wären, zu realisieren. Die Bauvorhaben beurteilen sich in zukünftigen Baugenehmigungsverfahren nach § 35 BauGB. Die Eingriffs-/Ausgleichsregelung ist bei der Aufstellung der Außenbereichssatzung nach Auskunft des Sachbereiches Bauordnung nicht relevant, da sie im Rahmen des Bauantragsverfahrens abgearbeitet wird. Der gesetzliche Gehölz-, Biotop- und Artenschutz sind auch im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen. Diesbezüglich werden nachfolgende Hinweise gegeben. Gegen die vorgelegte Außenbereichssatzung werden seitens der UNB aufgrund nachfolgender Ausführungen grundsätzliche Bedenken geäußert.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen die Planung durch die UNB grundsätzlich keine Bedenken erhoben werden.
<u>Schutzgebiete</u> Eine Betrachtung des Umstandes, dass sich das Flurstück (FS) 193 sowie ein Teil des FS 199 im Landschaftsschutzgebiet (LSG)/ EU-Vogelschutzgebiet (SPA) „Agrarlandschaft Prignitz-Stepenitz“ befinden (Abb. 1), ist <u>gänzlich unterblieben</u> . Es gibt weder Aussagen darüber, ob die Überplanung der FS mit dem Schutzzweck gem. § 3 LSG-VO überhaupt vereinbar ist noch liegt eine Aussage bzgl. der Auswirkungen des Planungsinhaltes mit den Schutzkriterien des SPA nach § 33 bzw. 34 BNatSchG (SPA-Vorprüfung/ SPA-Verträglichkeitsprüfung) vor. Ohne diese Angaben ist eine ordnungsgemäße, verwaltungsrechtlich konforme Prüfung der Außenbereichssatzung seitens der UNB nicht möglich.	Kenntnisnahme, der Hinweis wird beachtet, die Grenzen des LSG und des SPA Gebietes werden in die Planung übernommen und eine fachgerechte und sachgerechte Auseinandersetzung erfolgt in der Begründung, Kapitel 9.1. Insbesondere auf dem Flurstück 199 werden keine zusätzlichen baulichen Maßnahmen zu erwarten sein, die dem Schutzzweck des LSG entgegenstehen, da die Baugrenze außerhalb der LSG Grenze verläuft. Auf dem Flurstück 193, ganz im Osten der Satzung wurden bereits in zurückliegender Zeit kleinere Gartengebäude sowie eine Teichanlage errichtet, deren Bebauung nunmehr durch die Satzung legalisiert werden soll. Eine Beeinträchtigung des Schutzgebietszweckes war hier zurückliegend nicht zu verzeichnen, da sowohl der Gartenbereich als auch der bestehende Teich naturnah genutzt werden.
<u>Biotopschutz und Artenschutz</u> In der Satzung werden keine Aussagen zum gesetzlichen Biotopschutz, zur Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen oder zum gesetzlichen Artenschutz getroffen. Die UNB weist darauf hin, dass im (nachträglichen) Baugenehmigungsverfahren Aus-	Kenntnisnahme, dem Hinweis wird demzufolge im Baugenehmigungsverfahren gefolgt.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	gen zu diesen Schutzgütern erforderlich sein werden.	
	<p><u>Gehölzschutz</u> Der Gehölzbestand auf den Plangebietsflächen unterliegt dem Geltungsbereich der Baumschutzverordnung des Landkreises Prignitz (BaumSchV-PR). Der nach der BaumSchV-PR geschützte Gehölzbestand ist zu erhalten und darf nicht beseitigt, beschädigt, wesentlich verändert oder nachhaltig beeinträchtigt werden. Da erst im Rahmen eines späteren Baugenehmigungsverfahrens der Eingriff in den vorhandenen Gehölzbestand ermittelt werden kann, sollte darauf hingewiesen werden, dass mit den Bauantragsunterlagen auch ein entsprechender Fällantrag für die betroffenen Gehölze einzureichen ist, falls eine Fällung für eine Baufeldfreiräumung erforderlich ist. Der Ersatz für die zu fällenden Gehölze wäre dann im Baugenehmigungsverfahren festzusetzen.</p>	<p>Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt. In die Begründung der Satzung wird ein zusätzliches Kapitel aufgenommen, so dass für das spätere Baugenehmigungsverfahren anhand des präzisen Eingriffes der konkrete Ausgleich ermittelt werden kann. Die Hinweise auf das Erfordernis eines entsprechenden Bauantrages wird ebenso verwiesen.</p>
	<p>Für alle anderen geschützten Gehölze (Einzelbäume, Hecken), welche außerhalb eines Baugenehmigungsverfahrens z. B. aus Verkehrssicherheitsgründen gefällt werden sollen, ist bei der UNB ein Antrag auf Fällgenehmigung zu stellen. Die Kompensationsverpflichtung für einen Baum bzw. die Ersatzpflanzungsberechnung im Baugenehmigungsverfahren richtet sich nach den Hinweisen zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE). D.h. jeder einzelne zu fällende Baum ab 60 cm Stammumfang, gemessen in 1,30 m Höhe, ist nach den Vorgaben der HVE zu ersetzen. Zur Sicherung der heimischen Artenvielfalt ist der „Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) zur Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur“ (vom 02.12.2019) zu beachten.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
	<p><u>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</u> BauGB Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. 1 S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 1 Nr. 394) geändert worden ist BNatSchG Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. 1, S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. 1, S. 2240) BbgNatSchAG Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. 1/13 Nr. 3) geändert</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>NatSchZustV durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. 1/20, Nr. 28)</p> <p>Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2021 (GVBl. 11/21, Nr. 71)</p> <p>LSG-VO Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Agrarlandschaft Prignitz Stepenitz“ vom 15. Dezember 2008 (GVBl. II, S. 38), geändert durch Artikel 32 der Verordnung vom 29. Januar 2014 (GVBl. II S. 7)</p> <p>BaurnSchV-PR Baumschutzverordnung Prignitz (BaurnSchV-PR) vom 11. Dezember 2008, geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung vom 25.06.2009</p>	
	<u>3. als Untere Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB)</u>	Es wurden keine Angaben unter diesem Punkt aufgeführt
	<p>IV. Sb Bauordnung</p> <p><u>1. Bauordnungsrecht</u> Die Planunterlagen zur Außenbereichssatzung werden von Seiten der unteren Bauaufsichtsbehörde zur Kenntnis genommen. Anmerkungen sind nicht notwendig.</p>	Kenntnisnahme
	<p><u>2. Planungsrecht</u> <u>2.1 Planbezeichnung</u> Die Bezeichnung der Außenbereichssatzung scheint mit Siedlung im Außenbereich „Parchimer Chaussee“ nicht eindeutig, um die erforderliche Anstoßwirkung für die Öffentlichkeit zu erreichen. Empfohlen wird der Zusatz Siedlung Lütkenhof</p>	Kenntnisnahme, der Hinweis wird beachtet, eine Ergänzung des Titels entsprechend vorgenommen.
	<p><u>2.2 Planzeichnung</u> Die vor § 1 genannte Rechtsgrundlage (BauGB) ist zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses in der aktuellen Fassung aufzuführen. Derzeit: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. 11.2017 (BGBl. 1 S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22 .12.2023 (BGBl. 2023 1 Nr. 394) geändert worden ist</p>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Rechtsgrundlage wird dem Zeitpunkt der Satzung entsprechend aktuell angepasst.
	<p>§ 3 Zulässigkeitsvoraussetzungen/Legende Satz 1: Bei der Regelung der überbaubaren Grundstücksfläche innerhalb des Geltungs-</p>	Kenntnisnahme und entsprechende redaktionelle Anpassung. Die Bezeichnung „fakti-

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>bereiches der Satzung handelt es sich um die Festsetzung einer Baugrenze. Der Zusatz „faktisch“ ist sowohl in § 3 als auch in der Legende zu streichen.</p> <p>Satz 2: Der Inhalt des Satzes 2 bezieht sich auf § 34 Abs. 1 BauGB und findet in einer Außenbereichssatzung keine Anwendung. Er ist zu streichen. Innerhalb der Satzung richtet sich die planungsrechtliche Zulässigkeit nach § 35 Abs. 6 BauGB in Verbindung mit § 35 Abs. 2 BauGB.</p>	<p>sche“ Baugrenze wird gestrichen, es verbleibt alleinig der Begriff „Baugrenze“, der zweite Satz wird ebenso gestrichen.</p>
	<p>2.3 Begründung</p> <p>Der Gliederungspunkt 5 ist entsprechend der Hinweise zur Planzeichnung (2.2) zu überarbeiten und zu berichtigen.</p>	<p>Kenntnisnahme und redaktionelle Anpassung, der Satz 2 wird gestrichen.</p>
	<p>Gliederungspunkt 9</p> <p>Bei Aufstellung der Satzung sind gem. § 35 Abs. 6 BauGB die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach <u>§ 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie Satz 2</u> entsprechend anzuwenden.</p> <p>Absatz 1 ist diesbezüglich zu berichtigen.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende redaktionelle Anpassung jetzt im Gliederungspunkt 10.</p>
4.	<p>Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Ref. B2 – Ländliche Neuordnung, Fehrbelliner Straße 4e, 16816 Neuruppin</p>	
	<p>Stellungnahme vom 13.02.2024</p> <p>das Planungsgebiet ist weder von punktuellen Bodenordnungsmaßnahmen nach § 64 LwAnpG noch von großflächigen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz betroffen.</p> <p>Es liegen auch keine entsprechenden Anträge vor.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
5.	<p>Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 2, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke</p>	
	<p>Stellungnahme vom 01.03.2024</p> <p>die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

**Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB
für die Siedlung im Außenbereich „Parchimer Chaussee“ der Stadt Putlitz, Entwurf Stand 23.11.2023**

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	erfolgen.	
	Fachabteilung Immissionsschutz Fachliche Stellungnahme 2. Fachstellungnahme mit Benennung der gesetzlichen Grundlage (Begründung)	Kenntnisnahme
	1. Sachstand Antragsgegenstand ist der Entwurf einer Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB der Stadt Putlitz für die Siedlung „Parchimer Chaussee“ (Stand 23. November 2023). Der Geltungsbereich der Satzung umfasst die Flurstücke 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199 und 192 (tlw.) in der Flur 8 der Gemarkung Lütendorf. Mit der Außenbereichssatzung soll die Bebauung einer vorhandenen Lücke in Anreihung bestehender Einzelhausbebauungen ermöglicht werden.	Kenntnisnahme
	2. Stellungnahme Der Entwurf der Außenbereichssatzung wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 BImSchG1 i. V. m. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 1 BauGB2 geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktslagen ausgeschlossen werden.	Kenntnisnahme, der Hinweis ist korrekt.
	Im Osten grenzt die Landesstraße L 111 an das Satzungsgebiet. Ich weise darauf hin, dass der Schutzanspruch von Wohnnutzungen im Außenbereich nach der Rechtsprechung der von Misch- bzw. Dorfgebieten gleichgesetzt wird. Damit gelten die Orientierungswerte von tags 60 dB(A) und nachts 45 dB(A) bzw. nachts 50 dB(A) für Verkehrslärm. Eine überschlägige Berechnung des Verkehrslärms im Satzungsgebiet auf der Grundlage der Straßenverkehrsprognose 2023 ergab eine geringfügige Überschreitung an dem der Landesstraße am nächsten liegenden Gebäude, die jedoch als nicht erheblich eingeschätzt wird, da sich bereits aus anderen gesetzlichen Vorgaben (GEG4) ein für die Wahrung gesunder Wohnverhältnisse erforderlicher Aufbau der Außenbauteile der Gebäude ergibt.	Kenntnisnahme, die errichteten Gebäude im Nahbereich der Landesstraße L111 und die darin innewohnenden Nutzungen nehmen die geringe Überschreitung gem. TA Lärm zur Kenntnis. Die Nutzung im nächstgelegenen Gebäude zur L111 ist keine Wohnnutzung, sondern dient der Freizeit und Erholung und kann daher vernachlässigt werden.
	3. Fazit Dem Entwurf der Außenbereichssatzung kann hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden. Bei der künftigen Planung bzw. Genehmigung sind die Umwelteinwirkungen der Landesstraße L 111 zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme, der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen, so dass in nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren der Bauherr rechtzeitig über die Immissionsbelange in Kenntnis ist.
	Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungs-	Kenntnisnahme und Beachtung

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>grundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.</p> <p>Fachabteilung Wasserwirtschaft</p> <p>2. Fachliche Stellungnahme</p> <p>x Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>Im Nahbereich zur südlichen Plangebietsgrenze befindet sich der Graben 1/19, ein Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p> <p>Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).</p>	<p></p> <p></p> <p>Kenntnisnahme, der Hinweis wurde beachtet, Der Wasser und Bodenverband Prignitz wurde beteiligt und hat am 02.02.2024 eine Stellungnahme abgegeben mit dem Hinweis, dass der Graben II. Ordnung nachrichtlich zu übernehmen sei und bei Auftreten von Berührungspunkten mit der Gewässerunterhaltung diese abzustimmen sind.</p>
6.	<p>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Archäologie, Dezernat Archäologische Denkmalpflege, Gebietsdenkmalpflege Prignitz-Ruppin, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen OT Wünsdorf</p> <p>Stellungnahme vom 07.02.2024</p> <p>da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung aus Sicht des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Abt. Bodendenkmalpflege, keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Da jedoch mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam:</p> <p>Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig. Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.</p>	Die Hinweise wurden gem. der Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde in die Begründung aufgenommen und sind zu beachten.
	Bitte beachten: Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.	Kenntnisnahme, es wurden keine Hinweise ZU Baudenkmalen abgegeben.
7.	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen OT Wünsdorf	Es lag bis einschließlich 29.04.2024 keine Stellungnahme vor.
8.	Landesamt für Bauen und Verkehr, Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten	
	<p>Stellungnahme vom 27.02.2024</p> <p>den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrs- oberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.</p>	Kenntnisnahme
	Danach bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes gegen die vorliegende Außenbereichssatzung nach § 35 Abs. 6 BauGB der Stadt Putlitz für den Bereich „Parchimer Chaussee“ keine Einwände.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus verkehrsbehördlicher Sicht keine Einwände bestehen.
	Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Bereiche Eisen-	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	bahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV werden durch die Planung nicht berührt.	
	Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.	Kenntnisnahme
	Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Kenntnisnahme
9.	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde, Oberförsterei Gadow, Lindenallee (Forsthof), 19309 Lanz OT Gadow	
	Stellungnahme vom 15.02.2024 von Seiten des Forstamtes Prignitz bestehen keine Einwände zu oben genanntem Bebauungsplan. Waldflächen gemäß § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr.06], S. 137) in der jeweils geltenden Fassung sind nicht betroffen.	Kenntnisnahme
10.	Landesamt Bergbau, Geologie u. Rohstoffe, Inselstraße 26, 03046 Cottbus	
	Stellungnahme vom 07.02.2024 im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt: B Stellungnahme Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.	Kenntnisnahme
	1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: Keine.	Kenntnisnahme
	2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Keine.	Kenntnisnahme
	3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan: Geologie: Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).	Kenntnisnahme
11.	Landesbetrieb Straßenwesen, Dezernat Planung West, Dienststätte Kyritz, Holzhausener Straße 58, 16866 Kyritz	
	Stellungnahme vom 04.03.2024 Die vom Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Kyritz zu vertretenden Belange sind vom Ziel der Außenbereichssatzung nicht betroffen, insofern bestehen keine Bedenken. Der westlich der L 111, Abschnitt 180 gelegene Geltungsbereich erstreckt sich geringfügig in den Bereich der freien Strecke der L 111. Hier sind insbesondere die anbaurechtlichen Beschränkungen des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) § 24 zu beachten. Es heißt:	Kenntnisnahme
	„Außerhalb der Ortsdurchfahrten dürfen längs der Landes- und Kreisstraßen 1. Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, 2. bauliche Anlagen jeder Art, die über Zufahrten an Landes- oder Kreisstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen, nicht errichtet werden. Satz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs.“	Kenntnisnahme, die Hinweise sind zu beachten und wurden daher redaktionell in Kapitel 5 in die Begründung aufgenommen.
	Die in Rede stehenden Außenbereichsflächen werden über eine Gemeindestraße an die	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Landesstraße 111 erschlossen.	
	Planungsabsichten in diesem Bereich bestehen derzeit keine.	Kenntnisnahme
12.	IHK Potsdam, Breite Straße 2 a-c, 14467 Potsdam	Es lag bis einschließlich 29.04.2024 keine Stellungnahme vor.
13.	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg, Mittelstraße 5/5a, 12529 Schönefeld	Es lag bis einschließlich 29.04.2024 keine Stellungnahme vor.
14.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Kompetenzzentrum Baumanagement, Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	
	Stellungnahme vom 06.02.2024 vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Kenntnisnahme
15.	Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Am Baruther Tor 20 Haus 5, 15806 Zossen	Es lag bis einschließlich 29.04.2024 keine Stellungnahme vor.
16.	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, "Haus der Natur", Lindenstraße 34, 14467 Potsdam	
	Stellungnahme vom 06.03.2024 die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren:	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Für die Siedlung „Parchimer Chaussee“ im Außenbereich der Stadt Putlitz soll laut Unterlagen eine Außenbereichssatzung aufgestellt werden. Aus Sicht der Verbände bestehen zum geplanten Vorhaben keine grundsätzlichen Bedenken. Es ist jedoch darauf zu achten, dass es bei einer weiteren Bebauung des Plangebietes nicht zu Beeinträchtigungen für das umliegende Landschaftsschutzgebiet kommt. Vor jedem Bauvorhaben ist ein entsprechendes Artenschutzgutachten von Fachpersonal anfertigen zu lassen. Im Falle von Artenschutzbelangen sollte eine sorgfältige Abwägung erfolgen. Auch bei Eingriffen in den bestehenden Gehölzbestand sind entsprechende Kontrollen und Begutachtungen vorzunehmen. Kompensationsmaßnahmen sind bei nicht vermeidbaren Beeinträchtigungen oder Verlusten ortsnahe umzusetzen und im Vorfeld eines Eingriffes festzulegen. Die Flächenversiegelung sollte so gering wie möglich gehalten werden und ein Flächenverbrauch ist angemessen zu kompensieren durch bspw. Rückbau und Entsiegelung anderer Flächen.</p> <p>Aufgrund der Lage im ländlichen Raum und dem Vorsorgeprinzip folgend, sollte die Bereitstellung von Brut- und Lebensstätten verpflichtend in Betracht gezogen und gewährleistet werden. Im Rahmen der Gestaltung von Dach- und Fassadenflächen können entsprechende Ansiedlungsmöglichkeiten für Fledermäuse und Vögeln (Gebäudebrütern) geschaffen werden.</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise sind im Rahmen der Vorlage eines Bauantrages zu beachten und durch die zuständige Fachbehörde ggfl. zu beauftragen. Die Eingriffsregelung richtet sich nach der HZE und ist zu beachten.</p>
	Wir bitten um eine weitere Beteiligung in diesem Verfahren. Für den Fall, dass in dieser Sache ein das Verfahren beendender Bescheid ergeht (Zustimmung, Ablehnung, Einstellung), beantragen wir auf Grundlage von §3 Abs. 1 UIG deren Übersendung mit Eingangsbestätigung, vorzugsweise per E-Mail an info@landesbuero.de .	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.
17.	Deutsche Telekom Technik GmbH, Postfach 229, 14526 Stahnsdorf	
	<p>Stellungnahme vom 28.02.2024</p> <p>die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p>	Kenntnisnahme
	Im Satzungsbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus den beigefügten Plänen ersichtlich sind. Der Bestand und der Betrieb der vorhande-	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, der ungefähre Leitungsbestand wurde in die Planung aufgenommen.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>nen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p> <p>Die beigefügten Bestandspläne der Telekom entsprechen nur dem derzeitigen Stand. Änderungen oder Errichtungen von TK-Linien sind jederzeit möglich. Wir bitten daher, diese Pläne nicht für evtl. Bauausführungen zu verwenden. Vor Tiefbauarbeiten über oder in unmittelbarer Nähe unserer TK-Linien ist es erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kabeleinweisung via Internet (Flyer Trassenauskunft Kabel), • Nutzung des Leitungsauskuftsportal der infrest GmbH (www.infrest.de) oder • E-Mail: Planauskunft_brandenburg@telekom.de <p>in die genaue Lage dieser Anlagen einweisen lassen und die Bauausführenden immer die „Anweisung zum Schutze unterirdischer Anlagen der Telekom Deutschland GmbH bei Arbeiten Anderer (Kabelschutzanweisung)“ – siehe Anlage – beachten, um Schäden am Eigentum der Telekom Deutschland GmbH zu vermeiden. Für die Versorgung weiterer Grundstücke im Satzungsbereich kann von den Grundstückseigentümern der Hausanschluss über den Bauherrenservice beauftragt werden, der unter der kostenfreien Rufnummer 0800 33 01903 zu erreichen ist. Eine Kontaktaufnahme über das Internet: www.telekom.de/hilfe/bauherren ist ebenfalls möglich. Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen zu den übersandten Unterlagen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunft_brandenburg@telekom.de“.</p>	<p>Kennntnisnahme, mit Einreichung eines Bauantrages sind künftige Bauherren verpflichtet, den aktuellen Leitungsbestand einzuholen, ein Hinweis hierzu findet sich in der Begründung.</p>
	<p>Anlagen 1 Übersichtsplan Telekom Deutschland GmbH 2 Lagepläne M 1:500 (Ausdruck DIN A3) Telekom Deutschland GmbH 1 Kabelschutzanweisung 1 Flyer Trassenauskunft</p>	<p>Kennntnisnahme und Beachtung</p>
18.	<p>Wasser- und Bodenverband „Prignitz“, Sitz Pritzwalk, Schönhagener Straße 16, 16928 Pritzwalk</p>	
	<p>Stellungnahme vom 02.02.2024</p> <p>wie in der Übersichtskarte, die als Anlage beiliegt, ersichtlich ist, verläuft im Grenzgebiet der Wasserlauf II. Ordnung 1/19, der nachrichtlich zu übernehmen ist. Sollten sich im Zuge der Umsetzung der Außenbereichssatzung Berührungspunkte zum Wasserlauf ergeben, so sind diese mit dem Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ abzustimmen.</p>	<p>Kennntnisnahme, der Graben II. Ordnung wurde nachrichtlich in die Planzeichnung eingetragen</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Anlage: Übersichtskarte	
19.	Wasser- und Abwasserverband „Pritzwalk“, Hainholzweg 65, 16928 Pritzwalk	
	Stellungnahme vom 31.01.2024 Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 29.01.2024 möchten wir Ihnen Folgendes mitteilen. Die Registrierung erfolgt unter der Nr. 17/24 . Grundsätzlich bestehen gegen die o.g. Außenbereichssatzung keine Einwände. Durch den räumlichen Geltungsbereich der Satzung werden Anlagen des WAZVP berührt. Die vorhandenen Versorgungsleitungen sind in der Planung zu berücksichtigen. Die Schmutzwasserentsorgung in diesem Bereich erfolgt dezentral. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die Bereitstellung einer ausreichenden Menge Löschwasser im Brandfall gemäß DVGW - Arbeitsblatt W 405 nicht durch das vorhandene Trinkwasserversorgungssystem abgesichert werden kann, da die vorhandenen Anlagen für die Wasserverteilung, nicht für eine Löschwasserversorgung dimensioniert wurden. Die Nutzung der im Versorgungsnetz vorhandenen Hydranten ist im Fall einer Brandbekämpfung jedoch nicht ausgeschlossen. Zu Ihrer Kenntnisnahme erhalten Sie die beigefügten Bestandsunterlagen. Der Verlauf der vorhandenen Anlagen konnte nur ungefähr dargestellt werden. Wir gewähren nicht die vollständige Darstellung aller Örtlichkeiten und weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Planunterlagen nicht entsprechend den geltenden technischen Vorschriften angefertigt wurden. Für die angegebene Lage und die Vollständigkeit der Anlagen wird keine Gewähr übernommen. Die Weiterleitung ausgegebener Unterlagen an Dritte ist untersagt.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.
	<u>Anlagen</u>	
20.	GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH, Maximilianallee 4, 04129 Leipzig	
	Stellungnahme vom 02.02.2024 hiermit erhalten Sie Auskunft zu oben genannter Anfrage. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Anfragen zu Leitungsauskünften, Schachtgenehmigungen etc. an Erdgasspeicher Peissen GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen), GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, ONTRAS Gastransport GmbH sowie VNG Gasspeicher GmbH ab dem 01.01.2020 ausschließlich über das kostenfreie BIL-Onlineportal unter	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung								
	<p>https://portal.bil-leitungsauskunft.de einzuholen sind.</p> <p><i>Das BIL-Online-Portal ist eine Initiative und ein Zusammenschluss einer Vielzahl von Leitungsbetreibern und stellt eine umfassende spartenübergreifende sowie bundesweite Online-Leitungsauskunft bereit.</i></p> <p><i>Die Nutzung der BIL-Leitungsauskunft ist für Sie selbstverständlich kostenlos und ermöglicht Ihnen, Ihre Bau-/Planungsanfrage direkt online einfach und schnell zu formulieren.</i></p> <p><i>Ihr Vorteil: Sie müssen Ihre Anfrage nur einmalig eingeben und erreichen direkt alle an BIL teilnehmenden Leitungsbetreiber. Bei Nichtzuständigkeit erhalten Sie unmittelbar über BIL eine entsprechende Negativauskunft. Bei Zuständigkeit erfolgt die Stellungnahme durch die Netzbetreiber und rechtssichere Archivierung des gesamten Anfragevorganges vollständig digital und übersichtlich innerhalb des BIL-Portals.</i></p> <p><i>Ein weiterer Mehrwert für Sie: Sie können Ihre in BIL eingestellte Anfrage über eine einfache E-Mail- Weiterleitungsfunktion direkt an beliebige weitere Leitungsbetreiber versenden, auch wenn diese derzeit noch nicht im BIL-Portal organisiert sind. Eine Rückmeldung erfolgt in diesen Fällen außerhalb des BIL-Portals.</i></p> <p><i>Weitere Informationen über BIL können Sie der Seite http://bil-leitungsauskunft.de entnehmen.</i></p>									
	<p>bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <p>Anlagenbetreiber</p> <table><tr><td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td><td>nicht betroffen</td></tr><tr><td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen- Sachsen) ¹</td><td>nicht betroffen</td></tr><tr><td>ONTRAS Gastransport GmbH ²</td><td>nicht betroffen</td></tr><tr><td>VNG Gasspeicher GmbH ²</td><td>nicht betroffen</td></tr></table>	Erdgasspeicher Peissen GmbH	nicht betroffen	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen- Sachsen) ¹	nicht betroffen	ONTRAS Gastransport GmbH ²	nicht betroffen	VNG Gasspeicher GmbH ²	nicht betroffen	Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich keine Leitungen der GDMcom im Plangebiet befinden.
Erdgasspeicher Peissen GmbH	nicht betroffen									
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen- Sachsen) ¹	nicht betroffen									
ONTRAS Gastransport GmbH ²	nicht betroffen									
VNG Gasspeicher GmbH ²	nicht betroffen									
	<p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!</p>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.								
21.	E.DIS Netz GmbH, Langewahler Straße 60, 15517 Fürstenwalde/Spree	Es lag bis einschließlich 29.04.2024 keine Stellungnahme vor.								
22.	Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und –verwertung mbH, Am Baruther Tor 12, Haus 134/1, 15806 Zossen									
	Stellungnahme vom 15.03.2024									

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2024 - 06.03.2024

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	wir danken Ihnen für die gewährte Fristverlängerung.	
	Der Ordnung halber möchten wir Fehlmeldung abgeben, da keine der in unserer Verwaltung stehenden Bodenreform- oder ehemalige WGT-Liegenschaften vom Vorhaben betroffen sind.	Kenntnisnahme
23.	Amt Putlitz-Berge (für die Stadt Putlitz, Gemeinde Berge, Gemeinde Pirow, Gemeinde Gültitz-Reetz und Gemeinde Triglitz), Zur Burghofwiese 2, 16949 Putlitz	Es lag bis einschließlich 29.04.2024 keine Stellungnahme vor.
24.	Gemeinde Groß Pankow (Prignitz), Steindamm 21, 16928 Groß Pankow (Prignitz)	
	Stellungnahme vom 07.02.2024	
	x keine Bedenken	Kenntnisnahme
25.	Stadt Pritzwalk, Marktstraße 39, 16928 Pritzwalk	Es lag bis einschließlich 29.04.2024 keine Stellungnahme vor.
26.	Amt Meyenburg (für die Gemeinde Marienfließ), Freyensteiner Straße 42, 16945 Meyenburg	
	Stellungnahme vom 01.02.2024	
	das Amt Meyenburg und die Gemeinde Marienfließ haben keine Einwände, Anregungen und Hinweise zu o. g. Planverfahren.	Kenntnisnahme
27.	Amt Eldenburg Lübz (für die Gemeinde Ruhner Berge), Am Markt 22, 19386 Lübz	Es lag bis einschließlich 29.04.2024 keine Stellungnahme vor.

- 19 von 27 beteiligten TÖB gaben eine Stellungnahme ab
- aus der Beteiligung der Öffentlichkeit ging keine Stellungnahme ein